Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 9 (1929-1930)

Heft: 4

Artikel: Bismarck und sein Werk : aus Anlass der "Friedrichsruher-Ausgabe" seiner Werke

Autor: Näf, Werner

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157020

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bismarck und sein Werk.

Aus Anlaß der „Friedrichsruher-Ausgabe" seiner Werke.

Von **Werner Näf.**

Unmittelbar nach Kriegsende ist der Entschluß gefaßt worden, eine Gesamtausgabe der „Werke" Bismarcks zu veranstalten. 1921 begannen die Arbeiten; 1924 erschien der erste Band. Der aus der Revolution hervorgegangene erste Reichspräsident, Fritz Ebert, wie sein Nachfolger, der ehemalige kaiserliche Feldmarschall von Hindenburg, begrüßten das Unternehmen im Namen Gesamtdeutschlands freudig; den patronisierenden Ehrenausschuß bilden außer dem heutigen Träger des Namens Otto von Bismarck die repräsentativsten deutschen Historiker, alle an der bisherigen Bismarckforschung hervorragend beteiligt, Erich Brandenburg, Max Lenz, Erich Marcks, Friedrich Meinecke, Hermann Oncken, dazu der Generaldirektor der preußischen Staatsarchive, Paul Kehr.

Das Erscheinen dieser „Friedrichsruher Ausgabe" ist nicht nur ein wissenschaftliches Ereignis. Es belegt vielmehr einen Zug, den man bei Betrachtung der geistigen Haltung der Nachkriegsjahre nicht übersehen darf: Die Hinwendung, in politisch trüber Zeit, zu den Kraftquellen der geschichtlichen Vergangenheit. In den Jahren der Inflation stellten sich der Publikation eines monumentalen Quellenwerkes große Hindernisse in den Weg, und die Aussicht auf materiellen Erfolg war gering; umso eindeutiger leitete das Bewußtsein des Wertes, den der Gegenstand in sich selbst trägt. „Die gesammelten Werke Bismarcks sollen, indem sie in die Öffentlichkeit treten, die Blicke aller Deutschen auf den Mann richten, dem wir das Gut verdanken, das uns auch heute noch geblieben ist: das Reich" (aus dem Aufruf zur Subskription). Es zeugt wahrhaftig nicht von wirklicher Abwendung unserer Gegenwart von der Historie, wenn eben im besiegten Deutschland der Geschichtswissenschaft die wichtigsten Aufgaben überbunden werden: Man erwartet von ihr in der Kriegsschuldfrage die Wiederherstellung des guten Namens der Nation (und was sie hierin im Bewußtsein der Welt bereits erreicht hat, ist bedeutend); man erhofft von ihr für das Leben der Gegenwart und der Zukunft neuen Mut, gewonnen aus den Tatsachen der Vergangenheit (und wie geschichtliche Mächte unmerklich die Geburt des neuen Deutschland erleichtert und geleitet haben, vermag man heute schon abzuschätzen). Woraus beides fließen soll: Aus den Quellen. 16,000 Dokumente breitet die Aktenpublikation des Deutschen Auswärtigen Amtes („Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914") vor dem Weltgewissen aus, anderthalb Dutzend Bände Bismarck'scher Berichte, Briefe, Reden, Erinnerungen verheißt die „Friedrichsruher Ausgabe".

*

Leitgedanke der Publikation ist, „zusammenzufassen, was als Werk Bismarcks im literarischen Sinne aufzufassen ist". Das bereits Gedruckte

soll in der neuen Ausgabe bereinigt und vereinigt, gleichzeitig aber durch Heranziehung ungedruckten Materials aus Friedrichsruh, aus andern Archiven und aus Privatbesitz ergänzt werden.

Sechs Abteilungen sind je einem Fachmann übertragen worden: Die politischen Schriften bis 1862 (d. h. bis zur Übernahme der Ministerpräsidentschaft in Preußen), die politischen Schriften von 1862 bis 1890, die Gespräche, die Reden, die Briefe, die Gedanken und Erinnerungen. Die Abteilungen 1, 3 und 4 sind heute programmäßig ganz oder teilweise erschienen; auch von Abteilung 2 (politische Schriften von 1862 bis 1890) liegen bereits drei Bände vor, die aber zeitlich erst bis Juli 1867 reichen, also die ursprüngliche Disposition durch die Überfülle des Materials sprengen.

Der Verlag Stollberg & Co. in Berlin bringt Bismarcks gesammelte Werke heraus, in monumentalem Format, schön in Druck, Papier und Einband.

*

Herman von Petersdorff ist der Herausgeber der drei ersten Bände, von denen hier die Rede sein soll[1]), der politischen Berichte Bismarcks vor der Wendung, die ihn im September 1862 an die leitende Stelle in Preußen brachte. Es ist der Gesandte Bismarck, der hier die Feder führt, nur zwei Schreiben (an Friedrich Wilhelm IV., 1848, und an Minister von Manteuffel, 1850) datieren aus der Zeit, ehe Bismarck, 36jährig, in den diplomatischen Dienst eintrat. Es sind die Berichte des preußischen Gesandten am Bundestag zu Frankfurt a. M. (1851—1859), am Zarenhofe zu Petersburg (1859—1862) und im Frankreich Napoleons III. während eines kurzen Vierteljahres im Sommer 1862.

Was diese Edition für Bereicherung und Säuberung des Quellenmaterials bedeutet, wird sogleich deutlich. Die Frankfurter Berichte lagen bisher in der Form vor, in der Heinrich von Poschinger sie schon zu Beginn der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts herausgegeben hatte, mit Erlaubnis, aber zugleich nach bestimmten Weisungen des Reichskanzlers. Die Publikation bedeutete für ihre Zeit unzweifelhaft ein Verdienst; befriedigend, abschließend war sie freilich nicht. Es mußten Rücksichten genommen werden; man hatte Österreich, die übrigen Bundesstaaten, zahlreiche Einzelpersonen zu schonen, und Bismarck hat das Manuskript persönlich durchgesehen, ja sogar im aktenmäßigen Text Veränderungen vorgenommen. Jetzt sind alle unwissenschaftlichen Rücksichten gefallen, und es liegt ein bereinigter Text vor, dessen Vergleichung mit demjenigen Poschingers an den Stellen, wo ein Eingreifen der Bismarck'schen Zensur nachzuweisen ist, interessante Hinweise geben dürfte

[1]) Bismarck: Die gesammelten Werke. 1. Abteilung: Politische Schriften (bis 1862), bearbeitet von Dr. Herman von Petersdorff, Archivrat im Geh. Staatsarchiv Berlin. Band 1—3. Berlin (Otto Stollberg & Co.) 1924/5. 1. Band: Bis 1854, XVI und 532 Seiten. 2. Band: 1. Januar 1855 bis 1. März 1859, 421 Seiten. 3. Band: März 1859 bis September 1862, 409 Seiten.

auf die Art, wie Bismarck die Vorgänge von 1851 bis 1859 der Öffentlichkeit darzustellen wünschte. Mit der Hauptmasse der Poschinger'schen Stücke sind jetzt da und dort schon früher erschienene Nachträge (beigebracht besonders durch Horst Kohl im Bismarckjahrbuch und im Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen) vereinigt worden; ganz neues Material ergab das preußische Hausarchiv, so eine Reihe von Schreiben Bismarcks an den Prinzen von Preußen.

Andererseits aber sind auch Weglassungen vorgenommen worden. Es ist das Schicksal derartiger Publikationen, daß die Notwendigkeit von Kürzungen sich gebieterisch aufdrängt; sie müßten sonst ins Ungemessene anschwellen. Damit tritt freilich ein Faktor subjektiver Auswahl auf. Weggelassen wurde, was stofflich weniger wichtig schien (aber wer bürgt dafür, daß jedem Forscher und jeder Forschergeneration dasselbe wichtig oder unwichtig erscheinen wird?), — auch, was in Gedankenführung und Formulierung nicht Bismarck selbst zugehörte. Anderwärts gedruckte, hier nicht wiederholte Stücke sind immerhin an ihrer chronologischen Stelle aufgeführt mit Hinweisen auf den Inhalt und auf die Stelle, wo die Dokumente wiedergegeben sind. Trotzdem ist von Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis zu sprechen, wenn das, was früher aus politischen Rücksichten wegblieb, beigebracht, anderes, was entbehrlich zu sein schien, weggelassen wurde. Man darf durchaus das Vertrauen haben, daß hier in dieser Weise vorgegangen worden sei.

Dieser wissenschaftliche Fortschritt ergibt sich bei den Frankfurter Berichten namentlich aus der Auffüllung von Lücken, die die politische Zensur in die zum Druck bestimmten Aktenstücke gerissen hatte, und aus der Korrektur der recht zahlreichen und z. T. gewichtigen Versehen und Lesefehler, die Petersdorff seinem Vorgänger im Werke der Edition schonungslos ankreidet. Die Zahl der neu aufgenommenen Schriftstücke ist nicht allzu groß: etwas über 100 auf mehr als 1000 Nummern. Immerhin fällt auf gewisse Personen und diplomatische Gegenstände der Zeit neues Licht, so etwa auf die Behandlung der Schleswig-Holsteinischen Frage in diesem Jahrzehnt, auch auf den Neuenburger Handel von 1856/7. Von ganz einzigartigem Wert ist sodann namentlich die nun zum ersten Mal bekannt gewordene Denkschrift Bismarcks an den Prinzen von Preußen, datiert Norderney, September 1853 (I, Nr. 416), in der Bismarcks innenpolitisches Denken in unübertrefflicher Deutlichlichkeit sich ausspricht.

Die Berichte Bismarcks aus Petersburg (1859—1862) und Paris (1862) hatte L. Raschdau 1920 in zwei Bänden herausgegeben. Hiefür bietet die neue Edition eine Fülle noch nicht publizierten Materials: Ein Drittel der Petersburger Aktenstücke ist neu. Die Pariser Tätigkeit Bismarcks aber läßt sich überhaupt erst jetzt übersehen, da zu den 22 bekannten 28 bisher unbekannte Schriftstücke gestellt werden konnten.

*

Nicht nur der Fachmann, auch der Laie, der Dokumente zu lesen versteht, wird aus den Bänden der Friedrichsruher Ausgabe die Gestalt

Bismarcks aufsteigen sehen, gewaltiger, lebendiger, eindrücklicher als je, — der Gesandte in seinen unmittelbaren Äußerungen vieler Tage, aller Stimmungen. Es ist freilich hauptsächlich der Diplomat Bismarck, der zu Worte kommt, und daher nicht der ganze Bismarck. Staatsmännisches und Menschliches lassen sich zwar bei ihm nicht trennen; kein diplomatischer Bericht, der blutleer, ohne ganz persönliches Leben wäre. Aber die Publikation beschränkt sich doch, — zunächst, in dieser Abteilung, — auf den Schriftwechsel Bismarcks mit seinen unmittelbaren Vorgesetzten. Bis Oktober 1858 gehen die Berichte, begleitet allerdings von zahlreichen vertraulicheren Privatschreiben, an den Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen, Otto von Manteuffel, sodann drei Jahre lang an dessen Nachfolger, Herrn von Schleinitz, und schließlich an den Grafen Albrecht von Bernstorff, den Bismarck im September 1862 ablösen sollte. Immediatberichte an Friedrich Wilhelm IV., an den Prinzen, Prinzregenten und König Wilhelm finden sich daneben. In die Abteilung der Privatbriefe dagegen sind verwiesen Bismarcks vertraute Schreiben an den Freund, den General Leopold von Gerlach, und an die Gattin, Johanna von Bismarck, ohne die Bismarcks Wesen dieser Jahre nie und nimmer ganz zu durchschauen und, was mehr bedeutet, nachzuempfinden ist.

Man verfolgt in Bismarcks Gesandtschaftsberichten das Werden eines Staatsmannes, mehr: den politisch und psychologisch unendlich interessanten Vorgang, wie die Problematik eines Zeitalters erfaßt wird von den Geistes- und Willenskräften eines Menschen, auf daß sie zur Problematik einer Menschenseele werde und von hier ihre weltgeschichtlich bestimmende Lösung erfahre. Bismarck hat selbst einmal — übertreibend — von dem Stande politischer Unschuld gesprochen, in dem er sich bei Antritt seines ersten diplomatischen Postens befunden habe. Kräftig hatte sich das politische Wesen Bismarcks gestaltet schon in den zehn Jahren, die er vor 1848 auf seinen Gütern in Pommern und Schönhausen verlebte; aber er war damals der Junker gewesen und geblieben. Leidenschaftlich hatte er sich seit dem März 1848 in den Strom des politischen Lebens geworfen, in den parlamentarischen Kampf des preußischen Landtags; aber er hatte in den Reihen einer Partei, mehr und mehr an der Spitze seiner Partei gestanden. In Frankfurt wird er Preuße schlechthin, d. h. Vertreter des preußischen Staates, Staatsmann. Nun sieht man ihn in direkte, ununterbrochene Beziehung zu den politischen Gegenständen treten; er läßt die Macht der Tatsachen auf sich wirken, damit er sie dereinst meistere. Was an politisch-ständischer Voreingenommenheit etwa in ihm gelebt hatte, fällt ab. Er wird, was er dann gewesen ist: der Realpolitiker, dem doch die „Res“ nie bloß äußere Dinge, bloß Elemente der Macht gewesen sind. Sein Ziel und Zweck ist Preußen, das Kampffeld die deutsche Politik.

Schon 14 Tage nach seiner Ankunft in Frankfurt lieferte Bismarck seinem Minister in einem umfangreichen Bericht (datiert 26. Mai 1851, I, Nr. 4) eine wahre Galerie von Porträtköpfen der Frankfurter Diplo-

matengesellschaft, jede Zeichnung voll lebendiger Einzelzüge, voll Malice, zeugend von dem scharfen Blick des Menschenbeobachters, dem kein Zug, vor allem keine Schwäche, entgeht. Die Dinge aber läßt Bismarck, vorsichtiger, an sich herankommen. Er wird schwerlich, nach Olmütz, mit Illusionen über die am Bundestage betätigte deutsche Politik und über das Verhältnis Preußens zu Österreich nach Frankfurt gekommen sein; den wirklichen Einblick gewann er doch erst dort. Man sieht aus den Verhandlungen die einzelnen Motive nacheinander auftreten, die sich allmählich zum System, zur politischen Gesamtanschauung zusammenschließen. Nun erwächst der Bismarck, der alles auf Taten, auf eine preußische und deutsche Zukunft bezieht. „Meine Erwartungen von den Resultaten der Bundestagsverhandlungen," so schreibt Bismarck am 29. Juni 1851 an Manteuffel (I, Nr. 9), „waren nicht hoch, als ich herkam, aber sie haben sich seither vermindert; wir müssen ohne Zweifel ... die Probe durchmachen, und ich will in aufrichtigen Bemühungen dazu, soviel an mir liegen kann, nicht nachlassen; aber ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß wir ... über kurz oder lang dahin kommen werden, den Bundestag zwar als eine zweckmäßige Handhabe für gewisse allgemeine polizeiliche und militärische Maßregeln zu betrachten, auf eine organische Entwicklung deutscher Politik in ihm aber zu verzichten und eine Befriedigung unserer Bedürfnisse in letzterer Beziehung mehr auf dem Wege der Separatverträge über Zölle, Gesetzgebung und Militärwesen zu suchen innerhalb des uns durch die Natur angewiesenen geographischen Gebiets. Eine richtige Würdigung der gemeinsamen Interessen der deutschen Regierungen und der dadurch bedingten Notwendigkeit des Anschlusses an und der Unterordnung unter einander ist hier so wenig vorhanden, daß der Bundestag eher ein Bild des bellum omnium contra omnes bei genauer Prüfung bietet als das einer Verbindung zu anerkannt gemeinsamen Zwecken. Jeder der kleinen Höfe scheint vom Bundestage viel zu erwarten gegen geringe Leistungen."

In der Folge kommt derselbe Gedanke immer wieder, als Überzeugung, immer fester und präziser, als Ausgangspunkt aller politischen Zukunftsgedanken: Der deutsche Bund war vor 1848 eine mögliche Form deutschen Lebens; er ist dies jetzt nicht mehr. Doppelt ist hiefür die Motivierung: Der deutsche Bund war haltbar, solange er durch die „Heilige Allianz" gedeckt war. Nun, definitiv seit dem Krimkriege, hat sich der Ostmächteblock aufgelöst. Die Folge ist, daß die deutschen Einzelfürsten sich gegen Angriffe Frankreichs nicht mehr gedeckt wissen, und da sie sich gleichzeitig, mißtrauisch geworden, den Annexions- und Herrschaftsabsichten der beiden deutschen Großmächte ausgesetzt fühlen, verraten sie Neigung, ihr Heil im Anschluß an Frankreich zu suchen. Daß die deutschen Fürsten von Rheinbundgesinnung nicht weit entfernt seien, „davon habe ich, in aller Devotion vor den Mitgliedern des durchlauchtigsten Bundes, für meine Person mich in den letzten Jahren hinreichend überzeugen können" (Privatschreiben an Manteuffel, 26. April 1856; II, Nr. 152, Seite 141). Damit aber sei der deutsche Bund als europäische Größe innerlich aufgelöst.

Die zweite Veränderung aber besteht darin, daß Österreich sich jetzt am Bunde anders stellt. Vor 1848 vermied es Zusammenstöße mit Preußen; jetzt will es am Bunde herrschen, nicht zuletzt darum, weil es die Führung der deutschen Minderheit im Habsburgerstaat damit zu stützen sucht. Es ist ihm gelungen, die Mehrzahl der deutschen Staaten an sich zu fesseln; nun will es dem Bunde mehr Inhalt geben und durch Mehrheitsbeschlüsse eine deutsche Politik führen, die für das majorisierte Preußen unerträglich wird.

Aus diesen Beobachtungen ergeben sich für Bismarck zwei die nächste Zeit bestimmende Einsichten. Er erkennt in Österreich, viel schärfer als seine Vorgesetzten, der Minister von Manteuffel und der König Friedrich Wilhelm IV., den Gegner der preußischen Politik. Er sieht das Verhältnis ganz einseitig, von seinem Standpunkt aus[2]); er widmet Österreich, völlig frei von romantisch-nationalen Reminiszenzen, seinen politischen Haß. „Ich war gewiß kein prinzipieller Gegner Österreichs, als ich herkam vor vier Jahren, aber ich hätte jeden Tropfen preußischen Blutes verleugnen müssen, wenn ich mir eine auch nur mäßige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren wollen" (Privatschreiben an Manteuffel, 28. Februar 1855; II, Nr. 23). Und gefährlicher, fast fatalistisch, jedenfalls den Gang der Zukunft mit unheimlicher Sicherheit abschätzend: „Der deutsche Dualismus hat seit 1000 Jahren gelegentlich, seit Karl V. in jedem Jahrhundert, regelmäßig durch einen gründlichen inneren Krieg seine gegenseitigen Beziehungen reguliert, und auch in diesem Jahrhundert wird kein andres als dieses Mittel die Uhr der Entwicklung auf ihre richtige Stunde stellen können. Ich beabsichtige mit diesem Raisonnement keineswegs zu dem Schlusse zu gelangen, daß wir jetzt unsre Politik darauf richten sollten, die Entscheidung zwischen uns und Österreich unter möglichst günstigen Umständen herbeizuführen. Ich will nur meine Überzeugung aussprechen, daß wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Österreich werden fechten müssen, und daß es nicht in unsrer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge in Deutschland keinen andern Ausweg hat" (Privatschreiben an Manteuffel, 26. April 1856; II, Nr. 152, Seite 142).

Das klingt defensiv; das ist im Grunde der Bismarck'sche Weg zur Befreiung und Entfaltung preußischer Macht. Um den Gegensatz zweier Großstaaten handelt es sich; davon kommt Bismarck her. Um eine Provinz ging zur Zeit Friedrichs d. Gr. der Streit, um die östlich-polnische Stellung zu Ende des 18. Jahrhunderts; jetzt um die Leitung Deutschlands, wodurch doch zunächst nichts anderes als die europäische Position der beiden Rivalen bezeichnet werden sollte. Auf diesem Weg, dem Wege preußischer Politik, kommt Bismarck dazu, die deutsche Frage aufzugreifen. Friedrich Wilhelm III. hatte sich, seit 1819 mindestens, gänzlich Metternich angeschlossen; Friedrich Wilhelms IV. romantischer Tra-

[2]) Die historisch abwägende Beurteilung ist gegeben in dem Buche A. O. Meyers: „Bismarcks Kampf mit Österreich am Bundestage 1851—1859", Leipzig/Berlin 1927.

ditionalismus hatte den Gedanken habsburgischen Kaisertums in Deutschland festgehalten; Bismarck bricht innerlich mit Österreich, in der deutschen Frage, aber um Preußens willen. Es ist kein Entweder-Oder: Österreich oder Preußen; sondern es ist der positive Wille einer Lösung durch Preußen und für Preußen.

Bismarck stellt sich zunächst auf eine negierende Obstruktionspolitik ein: Österreich wünscht Stärkung des Bundes, Vermehrung seiner Wirksamkeit durch Mehrheitsbeschlüsse; es wünscht dies, weil es einer Mehrheit sicher ist. Bismarck dagegen versteift sich auf die Forderung der Einstimmigkeit, auf das preußische Liberum Veto; er bezweckt die Lähmung der Bundestätigkeit, weil Vertretungsmodus und politische Situation Preußen nachteilig erscheinen. Der Sinn ist klar: „Ein Großstaat, welcher seine innere und auswärtige Politik auf der Grundlage seiner eigenen Kräfte selbständig führen kann und will, darf zu einer strafferen Zentralisation des Bundesverhältnisses nur in dem Maße die Hand bieten, als er die Leitung der Bundeskörperschaft zu gewinnen und gemeinsame Beschlüsse, die seiner eigenen Politik entsprechen, herbeizuführen vermag" (aus einer großen, dem Prinzen von Preußen überreichten Denkschrift, dem sog. „Kleinen Buch des Herrn von Bismarck", datiert Ende März 1858, dessen Ausfertigung die Friedrichsruher Ausgabe zum ersten Male wiedergibt; vgl. II, Nr. 343). Augenblicklich, so heißt es weiter, kann Preußens Politik nur darin bestehen, „alle unzweifelhaften Bundespflichten in Krieg und Frieden zwar treu zu erfüllen, aber jede Entwicklung der Bundesgewalt auf Kosten der Unabhängigkeit des einzelnen, welche über den strikten Wortlaut hinausgeht, abzuschneiden."

Diese Politik, gehandhabt von Herrn von Bismarck, mußte gehässig, unnational erscheinen. Bismarck selbst konnte dies nicht verkennen. In diesem Zusammenhang tritt nun ein neues Motiv auf, keineswegs aus der Notwendigkeit einer politischen Überzeugung geboren, sondern aus der Einsicht in das taktisch Nützliche: die Heranziehung des deutschen Volkes im Gegensatz zu den kleinen deutschen Regierungen, von denen Bismarck mit Verachtung, durch äußere, oft ironische Devotion mehr verschärft als verdeckt, spricht.

Die preußischen Interessen, so argumentiert das „Kleine Buch", decken sich mit den Interessen der deutschen Bevölkerung. „Eben deshalb steht ihnen aber die in der Bundesversammlung allein vertretene Politik der Mehrzahl der Bundesregierungen entgegen, weil gerade die Existenz und Wirksamkeit der 35 Regierungen außer Preußen und Österreich das hauptsächliche, wenn auch legalberechtigte Hindernis der kräftigen Entwickelung Deutschlands sind." Deshalb soll die Diskussion aus der dumpfen Enge der Eschenheimer Gasse ins Volk hinausgetragen werden; Preußen müsse Kräfte entwickeln, „denen Österreich keine gleichartigen entgegenstellen kann. In nächster Linie rechne ich dazu, daß wir die Treibhauspflanze der Bundespolitik der freien Luft der Öffentlichkeit aussetzen und nicht bloß in der Presse, gegenüber dem großen österreichischen Lügensystem, die freiste Besprechung deutscher

Politik gestatten, sondern auch durch Herbeiführung von Kammerverhandlungen über dieselbe eine authentische Publizität schaffen, gegen welche die Entstellungen der Presse nicht Stich halten. Wir haben da die Mittel, unsre Zurückhaltung von angeblicher Bundespolitik sehr populär zu machen" ... (Privatschreiben an Manteuffel, 10. April 1858; II, Nr. 347). Ja, darüber hinaus macht Bismarck wenig später einen noch weiterreichenden Vorschlag: Um eine lebensfähige und am Tage der Gefahr haltbare Einigung zu erreichen, „ist vielleicht eine nationale Vertretung des deutschen Volkes bei der Bundeszentralbehörde das einzige Bindemittel, welches den divergierenden Tendenzen dynastischer Sonderpolitik ein ausreichendes Gegengewicht zu geben vermag. Nachdem eine Volksvertretung z. T. mit sehr weitgehenden Befugnissen in jedem deutschen Staate besteht, kann eine analoge Einrichtung für die Gesamtheit unmöglich an und für sich als eine revolutionäre angesehen werden." Österreich wird für derartiges nicht zu haben sein, von Seiten der andern Bundesregierungen werden gleichfalls Schwierigkeiten gemacht werden; ein einstimmiger Bundesbeschluß hierüber steht also nicht zu erwarten. „Die praktische Verwirklichung einer deutschen Nationalvertretung hat demnach auf dem bundesverfassungsmäßigen Wege bisher wenig Wahrscheinlichkeit und könnte nur mit einer Umgestaltung der Zentralbehörde Hand in Hand gehen" (Denkschrift über die deutsche Frage, datiert Juli/Oktober 1861; III, Nr. 234). Während der 50er Jahre bildet sich Bismarck die Überzeugung, daß der Bund aus sich heraus entwicklungsunfähig sei, daß er zerstört werden müsse, wenn etwas Besseres erreicht werden solle; er rechnet mit „dem Fall eines Bruchs im Bunde".

*

Der Vorschlag auf Errichtung einer Nationalrepräsentation stammt bereits aus der Petersburger Zeit. Bismarcks Versetzung von Frankfurt nach Petersburg im März 1859 bedeutete für ihn den Übergang an eine größere, eine europäische Bühne. Aber in seinem Bewußtsein verblieben die der preußischen Politik gestellten deutschen Fragen an erster Stelle.

Die Anfänge in St. Petersburg gestalteten sich unerfreulich. Zu körperlichen Störungen und persönlichen Verstimmungen gesellte sich deutlich ein politisches Unbehagen. Kurd von Schlözers, des damaligen Legationssekretärs, „Petersburger Briefe" zeigen ein wenig liebenswürdiges Bismarckbild; die Berichte aus dieser Zeit bestätigen den Eindruck. Bismarck selbst führt eine hartnäckige Krankheit auf politische Ursachen zurück: „Ich sehe das Ganze als eine Explosion alles des Ärgers an, den ich acht Jahre hindurch in Frankfurt angesammelt habe, über alle die Dinge, die ich sah, ohne sie ändern zu können, ohne in Berlin auch nur Glauben zu finden, außer bei Herrn von Manteuffel, der eine ganz klare Einsicht in die Sachlage hatte, aber nicht immer für gut fand, dieser Einsicht gemäß zu handeln" (Privatschreiben an Schleinitz, 19. Dezember 1859; III, Nr. 57).

Den europäischen Gestaltungen gegenüber erscheint Bismarck, dessen Auffassung der deutschen Frage sich so eindeutig festgelegt hatte, in der Hauptsache zunächst abwartend. Indessen ist es unverkennbar, wie das Deutsche zum Europäischen Beziehung gewinnt. Es sind die Jahre nach dem Krimkrieg, der die Vereinzelung der europäischen Staaten vollendet hatte, die Jahre, in denen, vorläufig ohne Erfolg, nach neuen, haltbaren zwischenstaatlichen Verbindungen gesucht wurde. Zwischen England und Rußland bestand dauernde Gegnerschaft, der eine Anziehungslinie Rußland-Frankreich entsprach und, von der russischen Diplomatie gefördert, ein Erkalten der französisch-britischen Freundschaft. Bismarck sucht die Stelle, wo Preußen stehen könne; er sucht sie eifriger, seit 1859 der italienische Krieg Preußen vor die Frage gestellt hatte, ob es Habsburg gegen seine europäischen Gegner zu verteidigen die Pflicht habe. Selbstverständlich, daß Bismarck dafür nicht zu haben wäre, daß er keinen entschiedenen Sieg Österreichs wünscht; ihm liegt vielmehr der Gedanke näher, den günstigen Augenblick, das will sagen: Österreichs Verlegenheit, politisch zu benutzen. „Ich sehe in unserem Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht beizeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen" (Privatschreiben an Schleinitz, 12. Mai 1859; III, Nr. 29). Hiefür, aber auch schon für bloße Neutralität, braucht Preußen europäischen Rückhalt.

Bismarck hatte schon von Frankfurt aus mehrfach betont, daß die Gruppierung der „Heiligen Allianz" dahin sei, und daß man neue Gestaltungen zu schaffen suchen müsse. Mit Rußland zu gehen, blieb ihm ständig ein vertrauter Gedanke; bei England anzuknüpfen, hat er gelegentlich, tastend, erwogen. Erstaunlich wirkt, daß er engen Anschluß an das Frankreich Napoleons III. für möglich hielt und als wünschbar empfahl. Beide Mächte suchen sich: Frankreich wünscht Rußland zu gewinnen, ohne England ganz zu verlieren; dies vermag Preußen zu vermitteln; Preußen aber könnte durch Frankreich Deckung gewinnen und die Rheinbundgelüste deutscher Fürsten neutralisieren. Die Kombinationen bleiben luftig, und nichts kommt zustande. Aber deutlich wird, wie Bismarck sich auch innerlich von der „Politik der Heiligen Allianz" löst: es ist kein Grund, die Verbindung mit Frankreich zu meiden wegen des revolutionären Ursprungs des Kaisertums. Es gibt ja wenige Staaten, „die mit voller Kontinuität im Rechte wurzeln". „Spanien, Portugal, Brasilien, alle amerikanischen Republiken, Belgien, Holland, die Schweiz, Griechenland, Schweden, das noch heute mit Bewußtsein in der Revolution von 1688 fußende England können ihre dermaligen Rechtszustände auf keinen legitimen Ursprung zurückführen." Man muß sie anerkennen und nehmen, wie sie sind (Denkschrift für Manteuffel, 2. Juni 1857; II, Nr. 253). Entsprechend verhält er sich zu dem entstehenden neuen Italien: Man solle in Turin ein freundlicheres Gesicht zeigen; denn ein kräftiges Italien sei für Preußen günstig. Die Lothringer und Bourbonen in Italien aus legitimistischen Gründen zu verteidigen, könne nicht Preußens Aufgabe sein. In Preußen gehe er „grundsätzlich bis

in die Vendée, quand même, d. h. auch für einen König, dessen Politik mir nicht gefiele; aber nur für meinen König" (Privatschreiben an Schleinitz, 10. Dezember 1860; III, Nr. 127).

In Europa die gegebenen Machtverhältnisse unbefangen anzuerkennen, ist Bismarck fähig, so sehr er als Preuße legitimistisch dachte; und der konservative preußische Junker vermag als Deutscher liberal zu denken. Der Realpolitiker steht da, besser: der Staatsmann, der alle Parteien unter sich läßt und jede Bindung durch ein politisches System verwirft.

*

Im September 1862 (nach dem kurzen Zwischenspiel der Gesandtschaft am Hofe Napoleons III.) wurde Bismarck preußischer Ministerpräsident. Bisher hatte er beobachtet und kombiniert, berichtet und geraten, — ausgeführt, was sein Minister befahl. Von jetzt an wird er aus eigenem Willen handeln.

An falschem Maßstab gemessen.

Zu der Würdigung Arnold Böcklins durch Wilh. Barth.*)

Von **H. A. Schmid**, Basel.

Es war von jeher ein Mangel jener Darstellungen, die von schriftstellernden Künstlern und Vertretern bestimmter Kunstrichtungen oder Künstlergruppen ausgingen, daß sie bei allem Verständnis für Vorgänger, Lehrer, Mitschüler und Weggenossen an Meister und Werke fremder Schulen und Richtungen Maßstäbe anlegten, die ein gerechtes Urteil von vornherein verhinderten. Wer könnte sich dem Reize jenes literarischen Denkmals entziehen, das Vasari einem Michelangelo, den er verstand, persönlich kannte und verehrte, gesetzt hat. Aber auch die heute fast ganz vergessene Schilderung, die E. Förster von seinen Freunden, Cornelius und dessen Schülern, entworfen hat, ist ein fesselndes menschliches Dokument, bewundernswert wegen der Feinheit, mit dem dieser Künstler-Schriftsteller die verschiedenen Individualitäten und ihr gemeinsames Ziel charakterisiert hat. Über Titian und Giorgione wird man bei Vasari keinen Aufschluß suchen, so interessant seine Äußerungen sind, und noch weniger bei E. Förster. Es blieb einem Historiker wie Jakob Burckhardt vorenthalten, einen Michelangelo aus dem Haß heraus objektiv, im Grunde richtig und beinahe erschöpfend zu charakterisieren. Aber auch bei Historikern sind solche Charakteristiken nicht häufig. Wer ohne Kritik seiner eigenen Urteilskraft, ohne Kritik an der Zeitstimmung, in die er hineingewachsen ist, und ohne Kenntnis des periodischen Ab-

*) Wilhelm Barth: Arnold Böcklin; Bd. 11 der illustrierten Reihe von „Die Schweiz im deutschen Geistesleben"; Huber, Frauenfeld.